

Der neue Stil

Planungsdezernent Mike Josef (SPD) geht auf Wohn-Initiativen zu – aber was ändert sich?

Von Claus-Jürgen Göpfert

Sie füllen die Sitzplätze im Römer-Planungsausschuss, die Repräsentanten verschiedener Bürgerinitiativen. Und sie stellen am Montagabend unüberhörbar die Frage an die Kommunalpolitik: Wem gehört die Stadt? Planungsdezernent Mike Josef (SPD), seit knapp zweieinhalb Monaten im Amt, müht sich erkennbar um einen neuen Stil im Umgang mit den Bürgergruppen. Aber was wird er in der Sache ändern?

Nun, die neue Römer-Koalition von CDU, SPD und Grünen verschiebt den Beschluss über den heftigsten Zankapfel im Wohnungsbau, das geplante Ernst-May-Viertel im Nordosten, gleich auf den 5. Dezember. Sie will Zeit gewinnen, die Wohnungsbaupläne zu überarbeiten. „Wir müssen alles ergebnisoffen prüfen“, sagt der Planungsdezernent. Und er meint damit auch ein anderes, ebenfalls umstrittenes Projekt, das Wohngebiet Berkersheim-Ost.

Römer-Koalition verschiebt Beschluss über May-Viertel auf den 5. Dezember

Doch es wird deutlich: Prüfen reicht den Initiativen nicht. Katharina Bornscheuer von der BI „Grüne Lunge“, die gegen das Ernst-May-Viertel kämpft, fordert „einen kompletten Stopp der gesamten Planung“ und einen „völligen Neubeginn“. Auf keinen Fall dürften Kleingärten geopfert werden, fordert ein Vertreter des Kleingartenvereins „Kronberger“. Im Gegenteil: In der wachsenden Stadt Frankfurt müssten auch „die Kleingärten wachsen“.

Inge Nennstiel von der Bürgerinitiative in Berkersheim unterbreitet den Vorschlag, die geplanten Wohnungen im Süden statt im Osten des Stadtteils zu bauen. Dafür sprächen „viele gute Gründe“. Wertvolles Grün und Streuobstwiesen müssten andernfalls geopfert werden.



Mike Josef sucht den Dialog mit Initiativen.

ANDREAS ARNOLD

Die Antwort des Planungsdezernenten offenbart das ganze Dilemma, in dem Mike Josef steckt. „Eigentlich brauchen wir beide Baugebiete“, sagt er ganz offen. Angesichts des ungebremsen Wachstums der Kommune prüfe das Stadtplanungsamt nun beide Alternativen.

Mike Josef, der neue Planungsdezernent, sieht sich mit Protest von Initiativen konfrontiert.

ARNOLD



Der Sozialdemokrat verspricht, beim Wohnungsbau künftig alternative Wohnprojekte und Genossenschaften mehr zu berücksichtigen als bisher. Er will den Gruppen auch „größere Grundstücke“ zur Verfügung stellen. Anders als sein Vorgänger im Amt, Olaf Cunitz (Grüne), der sich öfter bissige Dialoge mit den Bürgerinitiativen geliefert hatte, müht sich Josef um einen moderaten Ton.

Und er geht demonstrativ auf die Wohngruppen zu. Die Beispiele der Städte Hamburg und Tübingen zeigten, welche positive Rolle alternative Wohnprojekte und Genossenschaften spielen könnten. Über städtebauliche Verträge mit der Kommune will Josef sie besser ins Spiel bringen, das Instrument dabei ist die städtische Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft.

Sämtliche Oppositionsparteien schlagen sich auf die Seite der Bürgerinitiativen – das wird ein Grundzug dieser Legislaturperiode sein. FDP und AfD stoßen ins gleiche Horn. „Die FDP unterstützt Sie da voll“, sagt deren Sprecherin Elke Tafel-Stein zur Initiative aus Berkersheim. „Die AfD unterstützt die Bürgerinitiative“, so Rainer Rahn. Wolfgang Hübner von den Bürgern für Frankfurt (BFF) nennt es gar „ein Trauerspiel“, das über Berkersheim nicht entschieden werde. Der Kampf um die neuen Wohngebiete hat gerade erst begonnen.